

Städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			11. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 08.11.2012	Sitzungsbeginn: 17:05 Uhr	Sitzungsende: 18:00 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

**Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 11.10.2012
2. Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder zur Sicherung von Rechtsansprüchen ab dem 01.08.2013 – Schaffung weiterer 353 Plätze und mittelfristige Ausbauziele  
**(Vorlage Nr. 88/12)**
3. Bildung eines Bauausschusses  
**(Vorlage Nr. 89/12) – Tischvorlage -**
4. Bericht und Prognose zur Unterbringungssituation von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen  
**(Vorlage Nr. 90/12)**
5. Übernahme der Wohnungsangebote der Werkstatt Bremen und Schaffung oder Umwandlung der Angebote in ambulanten Wohnformen ab 2014  
Hier: Interessenbekundungsverfahren für die Auswahl von Interessenten  
**(Vorlage Nr. 91/12)**
6. Zuwendungen an die Beratungsstelle kom.fort e.V. - Beratung für barrierefreies Bauen und Wohnen  
**(Vorlage Nr. 92/12)**
7. Verschiedenes

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 11.10.2012**

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 11.10.2012.

**TOP 2: Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder zur Sicherung von Rechtsansprüchen ab dem 01.08.2013 – Schaffung weiterer 353 Plätze und mittelfristige Ausbauziele (Vorlage Nr. 88/12)**

Frau Senatorin Stahmann weist auf einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke hin, mit dem eine wesentlich höhere Anzahl neu zu schaffender, zusätzlicher Krippenplätze bis zum 01.08.2013 gefordert wird und die Verwaltung aufgefordert wird, einen entsprechenden Ausbaukorridor zu realisieren.

Herr Rohmeyer (CDU) weist auf die Jugendhilfeausschuss geführte Debatte hin und spricht sich gegen eine Wiederholung dieser Debatte aus. Im übrigen wird seine Fraktion den geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke ablehnen.

Herr Möhle (SPD) führt aus, dass die nunmehr vorliegende Ausbauplanung einen Kompromiss zwischen den ursprünglichen Festlegungen und erhobenen Nachbesserungsforderungen darstellt. Insgesamt wird die Anmeldphase abzuwarten sein, um gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu prüfen.

Herr Rohmeyer (CDU) bittet um eine Einzelabstimmung der Ziffern des Beschlussvorschlages.

Zu dem geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke (Ziff. 3):

„Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend hält in Übereinstimmung mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion die Schaffung von mindestens 1000 zusätzlichen Krippenplätzen bis zum 01. August 2013 für notwendig, um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab Vollendung des ersten Lebensjahres in der Stadtgemeinde annähernd realisieren zu können. Bei nur anteiliger Anrechnung von U3-Plätzen für den hineinwachsenden Jahrgang sowie Nicht-Anrechnung der Sozialpädagogischen Spielkreise auf die Betreuungsquote erscheinen 2.141 zusätzliche Krippenplätze notwendig (Berechnung siehe Anlage), zumal einhellig davon ausgegangen wird, dass die Betreuungsbedarfe noch weiter steigen. Die Verwaltung wird daher gebeten, in Abstimmung mit den Trägern einen „Ausbaukorridor“ zur Schaffung von mindestens 1000, möglicherweise (entsprechend den Anmeldungen) jedoch bis zu 2.141 Krippenplätzen zu realisieren. Hierfür werden alle eingegangenen Interessenbekundungen zur Schaffung von U3-Plätzen bewilligt sowie weitere kurzfristig realisierbare Potenziale eruiert“

fasst die Deputation folgenden

#### **Beschluss**

Gegen die Stimme der Fraktion Die Linke wird der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu den Ziffern 1 und 2 folgenden

#### **Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend begrüßt den Vorschlag zur kurzfristigen Ausweitung der Angebote zur Erziehung, Bildung und Betreuung unter dreijähriger Kinder, die angesichts der vorliegenden Erkenntnisse zum Bedarf unabweislich ist, um den ab 01.08.2013 geltenden Rechtsanspruch zu gewährleisten.
2. Sie bekräftigt ihre Beschlüsse zur Herstellung einer möglichst gleichmäßigen Versorgungssituation in allen Stadtteilen und sieht weiterhin die Notwendigkeit, zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen durch frühkindliche Bildung *flächendeckend* zusätzliche Angebote zu schaffen.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linke zu Ziffer 3 folgenden

#### **Beschluss**

3. Sie stimmt daher der Empfehlung der Verwaltung zur Realisierung von 353 weiteren Plätzen bis zum 01.08.2013 ebenso zu, wie dem Vorschlag, zum 01.01.2014 *zunächst* 50 weitere Plätze einzurichten.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu den Ziffern 4 bis 8 folgenden

#### **Beschluss**

4. Sie bittet den Haushalts- und Finanzausschuss sowie den Senat darum, die zur Sicherung von Rechtsansprüchen sowie einer annähernd gleichmäßigen Versorgungslage in der Stadtgemeinde Bremen erforderlichen investiven und konsumtiven Haushaltsmittel für 2013 bereit zu stellen und verweist zugleich darauf, dass damit Vorentscheidungen für die konsumtiven Haushalte ab 2014 getroffen werden.

5. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Einschätzung der Bedarfslage derzeit noch prognostisch ist, und dass ggf. nach Auswertung der Anmeldesituation zum Kindergartenjahr 2013/14 erneut nachgesteuert werden muss. Die Verwaltung ist daher gebeten, nach Abschluss der Anmeldephase zeitnah zu berichten, ob der Rechtsanspruch mit dem geplanten Angebot gewährleistet werden kann.
6. Sie teilt die Auffassung, dass mittelfristig ein Anstieg des Bedarfs zu verzeichnen sein wird, und erwartet gleichzeitig, dass die Nachfrage in unterrepräsentierten Stadtteilen gezielt gesteigert wird. Die Verwaltung ist daher gebeten, bis Ende des Jahres 2012 eine weitergehende Planung für 2014 und 2015 vorzulegen. Diese soll aufzeigen, welche Ausbauoptionen vorhanden sind.
7. Zur Erziehung, Bildung und Betreuung unter dreijähriger Kinder beim Eigenbetrieb KiTa Bremen bittet die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend um Vorlage eines stadtteil- und standortbezogenes Entwicklungskonzeptes.
8. Rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für die Jahre 2014/15 wird außerdem eine Darstellung dazu erwartet, welche mittelfristigen Maßnahmen erforderlich sind, um eine flexible, wohnortnahe und bedarfsgerechte Infrastruktur altersübergreifender Einrichtungen zu schaffen.

Frau Senatorin Stahmann weist auf die Fortsetzung des bereits im April diesen Jahres begonnenen Zukunftstag hin. Die Veranstaltung findet am 10. November statt.

### **TOP 3: Bildung eines Bauausschusses** **(Vorlage Nr. 89/12) – Tischvorlage -**

#### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Einrichtung eines Bauausschusses als Unterausschuss der Deputation zu.

Als Mitglied des Bauausschusses wird von der Fraktion der SPD, Herr Klaus Möhle, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Dirk Schmidtman, von der Fraktion der CDU, Frau Sandra Ahrens und von der Fraktion Die Linke, Herr Cindi Tuncel benannt.

Als beratendes Mitglied wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, Herr Gerhard Behlau (DRK) und vom Landesverband der ev. Tageseinrichtungen für Kinder, Herr Dr. Carsten Schlepper benannt.

### **TOP 4: Bericht und Prognose zur Unterbringungssituation von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen (Vorlage Nr. 90/12)**

Frau Senatorin Stahmann weist daraufhin, dass sich der Beirat Mitte am 19.11. mit der geplanten Einrichtung in der Eduard-Grunow-Str. befassen wird.

Die Mitglieder der Deputation begrüßen das zügige Handeln der Verwaltung.

Frau Grönert (CDU) kritisiert die sehr lange Anmietdauer von 10 Jahren.

Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen) regt eine Begehung der Einrichtung an.

Die Verwaltung sagt auf Nachfrage aus der Deputation zu, aktuelle Zugangszahlen als Anlage zum Protokoll zu Verfügung zu stellen.

#### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und vorzunehmen.

**TOP 5: Übernahme der Wohnungsangebote der Werkstatt Bremen und Schaffung oder Umwandlung der Angebote in ambulanten Wohnformen ab 2014  
Hier: Interessenbekundungsverfahren für die Auswahl von Interessenten (Vorlage Nr. 91/12)**

Die Verwaltung berichtet, dass sich im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens 16 Interessenten gemeldet haben. Vor diesem Hintergrund ist eine Verlängerung des vorgesehenen Anmeldezeitraums auf den 18. Januar 2013 erforderlich.

Die Deputation fasst bei Enthaltung der Fraktion der CDU folgenden

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Planungen der Werkstatt Bremen zur Aufgabe des Geschäftsbereiches Wohnen zur Kenntnis.
2. beschließt die Einleitung des Interessenbekundungsverfahrens mit den in der Anlage 1 genannten Kriterien und Rahmenbedingungen.
3. beschließt das Auswahlverfahren gem. B Ziff. 6.
4. begrüßt die Planung eines kostenneutralen Modellprojekts der Stadtgemeinde Bremen für Menschen mit Behinderungen, die in stationären Wohnangeboten leben und für die alternative Wohnangebote entwickelt werden.
5. weiterhin wird der in der Vorlage unter B. Lösung Ziff. 5 vorgesehene Zeitraum zur Interessenbekundung der Leistungsanbieter vom 14.12.2012 auf den 18.01.2013 verlängert.

**TOP 6: Zuwendungen an die Beratungsstelle kom.fort e.V. - Beratung für barrierefreies Bauen und Wohnen (Vorlage Nr. 92/12)**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass auch die Baudeputation mit einer entsprechenden Vorlage befasst wird. Das Ressort für Umwelt, Bau und Verkehr wird an den Kosten für die Beratungsstelle beteiligt.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 7: Verschiedenes**

**Appartementhaus für wohnungslose Menschen**

Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Auskunft, ob der Senatorin bekannt ist, dass die Innere Mission plant, ein Appartementhaus mit 27 Plätzen für wohnungslose Menschen zu erreichen.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass solche Planungen nicht bekannt sind.

---

Vorsitzende

---

Sprecher

---

Protokollführerin

**Anlage**

Auflistung über die Herkunftsländer der Erstantragsteller für den Bereich Bremen (Anlage zu TOP 4)